

Haushaltsrede des SPD Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat der Sennegemeinde Hövelhof anlässlich der Haushaltsberatungen in der Ratssitzung am 12.12.2024. Es gilt das gesprochene Wort. Eine Veröffentlichung der Inhalte oder Teile dieser sind erst nach der Ratssitzung gestattet.

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Pressevertreterinnen und Pressevertreter,
sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Berens,
liebe Hövelhoferinnen und Hövelhofer,

wenn Friedrich Merz, der sich selbst zur gehobenen deutschen Mittelschicht zählt, mehr Respekt für Besserverdienende fordert;

wenn Carsten Linnemann das Bürgergeld als „anstrengungslosen Wohlstand“ bezeichnet und ankündigt, man wolle im Wahlkampf in Sachen Steuern richtig „anpacken“;

(an dieser Stelle sei an das 243 Millionen Euro teure Maut-Desaster des Herrn Scheuer und die drohenden 2,3 Milliarden Euro Zahlungen eines schlechten Maskendeals von Jens Spahn erinnert);

wenn die CDU im Ort zwar die ostwestfälisch-lippische Initiative „Wirtschaft für Demokratie“ unterstützt, aber das von Hövelhoferinnen und Hövelhofern getragene Bündnis für Demokratie und Toleranz ablehnt und sogar auf einem politischem Abend verhöhnt;

wenn man das ganz ungeniert in einem Statement damit begründet, dass die parteiinterne Meinungsvielfalt auch die rechte Mitte einschließt;

wenn der Bürgermeister, als erster Bürger unserer Gemeinde, das Bürgergeld mit einem bedingungslosen Grundeinkommen gleichsetzt und davon faselt, man habe das Leistungsprinzip ausgesetzt oder die Märkte würden sich am besten selbst regeln;

dann bin ich schockiert über diesen Hochmut. Sie verweigern sich der Realität auf allen Ebenen.

Das meritokratische Prinzip greift in Deutschland nicht: Bildungschancen hängen (immer noch) in erheblichem Maße vom Elternhaus ab; in patriarchalen Strukturen müssen Frauen aufgrund ihres Geschlechts mehr leisten als Männer; marginalisiert wird man außerdem, wenn man schwarz

oder chronisch krank ist oder einen Migrationshintergrund hat. Wer den Sozialbericht der Bundeszentrale für politische Bildung und des Statistischen Bundesamtes liest, stellt fest, dass die Vermögen in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen sind, während das Armutsrisiko unverändert hoch ist.

Armutsgefährdet sind Personen, die in 2023 ein Einkommen von weniger als 1.314 Euro im Monat zur Verfügung hatten. 16,8 Prozent der Menschen müssen für das Jahr 2022 als einkommensarm bezeichnet werden: die Altersarmut (insbesondere von Frauen) steigt, Alleinerziehende gehören zu den Haushalten mit der höchsten Armutsbetroffenheit, jedes siebte Kind ist armutsgefährdet.

Von diesen 14,2 Millionen einkommensarmen Menschen ist

- mehr als ein Viertel erwerbstätig,
- etwa ein weiteres Viertel ist in Rente,
- mehr als ein Fünftel sind Kinder und
- nur knapp fünf Prozent (!) sind erwerbslos.

Nicht Herrn Lindners #Gratismentalität oder die „Ausufernden Soziallasten“ wie es unser Bürgermeister beschreibt, sind das Problem, sondern soziale Ungleichheit.

Ein Matthäus-Effekt in Bezug auf gesellschaftliche Entwicklung,

„Denn wer hat, dem wird gegeben werden und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch noch weggenommen, was er hat.“ (Matthäus 25,29)

So verlässlich die Zahlen zur Armut in Deutschland sind, so sind es auch die defizitären Haushalte der Sennegemeinde Hövelhof – ein neuer Negativrekord beim Haushaltsdefizit von 6,9 Millionen Euro und Kredite für Investitionen und zur Liquiditätssicherung von insgesamt 25,4 Millionen Euro sollen aufgenommen werden dürfen. Trotz eines konstant hohen Steueraufkommens macht man in Hövelhof Schulden zulasten nachfolgender Generationen:

Jahr	Betrag
2020	- 1.899.000 Euro
2021	- 209.000 Euro

	(Coronaschäden herausgerechnet)
2022	- 2.144.000 Euro
2023	- 3.328.000 Euro
2024	- 5.433.000 Euro
2025	- 6.902.000 Euro
2026	- 5.516.000 Euro
2027	- 1.749.000 Euro
2028	- 5.042.000 Euro

Nur Rote Zahlen. Ein Minus folgt dem anderen.

Und das Verwunderliche ist, dass dies trotz Rekordeinnahmen bei den Steuern so geplant wurde und wird.

Schuld an der Misere haben laut Bürgermeister Berens ausschließlich andere: Die letzten Jahre war es mal der Kreis Paderborn, dann der LWL und jetzt sind es Land und Bund.

Sie unterstreichen bei Ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Kreishaushalt die Forderung, dass eine Prüfung der freiwilligen Aufgaben erfolgen muss. Sie fordern, „die Bereiche Tourismus, Marketing und Kultur auf den Prüfstand“ zu stellen.

Während sie in ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts betonen, dass Steuererhöhungen Gift für Wirtschaft und Privathaushalte seien und auf antizyklisches Handeln pochen, verlangen sie gleichzeitig vom Kreis Paderborn eine Erhöhung der Elternbeiträge für die Kitabetreuung.

Die, die den größtmöglichen gesellschaftlichen Beitrag leisten und die ohnehin schon immensen (finanziellen) Belastungen ausgesetzt sind, würden sie gern noch mehr aufbürden lassen. Wie ironisch, wo es ihnen selbst an kritischer Selbstreflexion mangelt und man in der Gemeinde Hövelhof einen Einsparwillen oder überhaupt eine langfristige Finanzstrategie vergebens sucht.

Jedem muss klar sein, dass die Herangehensweise von Ihnen nicht auf Dauer funktionieren kann.

Wir als SPD sagen „**Nein**“ zu ihrer Forderung, die Elternbeiträge für Kindergärten zu erhöhen. Die demografische Entwicklung, Fachkräftemangel und gesamtgesellschaftlicher Wohlstand erfordern Rahmenbedingungen, die es Eltern ermöglichen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben.

Aus diesem Grund darf nicht auf Kosten der Kleinsten und Schwächsten gespart werden, stattdessen muss die Betreuungssituation verbessert und kostenfrei gestaltet werden, denn „bisher existentiell wichtige Themen wurden vernachlässigt, eher sekundäre Themen wurden in den Vordergrund gerückt“. Das ist eine Bürgermeister-Berens-Erkenntnis, die ich teile!

In ihrer Machtposition als Bürgermeister von Hövelhof fehlt es ihnen an Einsicht, dass Handlungsbedarf ihrerseits besteht, stattdessen wälzen sie rückgratlos jede Verantwortung auf höhere Instanzen ab. Das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen tut nicht weh. Im Gegenteil es zeigt charakterliche Größe.

In diesem Fall können Sie gern an alten Traditionen festhalten „Kehren Sie vor der eigenen Haustür, bevor sie es bei anderen tun.“

Und auch die CDU Fraktion ignoriert die angespannte finanzielle Situation, anders ist es nicht zu erklären, weshalb trotz der finanziellen Situation unserer Gemeinde ein Grundstückskauf in größerer sechsstelliger Höhe getätigt wird.

Folgerisiken sind schon beim Kauf erkennbar gewesen, werden aber nicht berücksichtigt und somit werden vermutlich in naher Zukunft noch einmal Investitionen in größerer sechststelliger Summe notwendig werden. Allein die Zinsbelastungen für den Grundstückskauf, das keinen Mehrwert für die breite Bevölkerung hat und nicht rentabel bewirtschaftet werden soll, wird uns in den Folgejahren zwischen 20.000 und 30.000 Euro Zinsen jährlich kosten. Es wird Geld ausgegeben, das wir nicht haben.

Ob sich dieser Risikokauf in Klientelpolitik oder den kommenden Kommunalwahlen begründet?

Ebenso kopflos und ohne realistischen Finanzierungsplan stößt man den Prozess der Neugestaltung des Schul- und Hallenbadareals an. Die Welt wartet immer noch auf den angekündigten Masterplan oder Rahmenplan oder Hövelhofer Weg – ach, wie auch immer. Neben der Neugestaltung, geht es um den Abriss des Hallenbades und Lösungen in Fragen der benötigten Sporthallenkapazitäten.

Kurz um: Es geht um weitere Investitionen in Millionenhöhe!

Apropos Masterplan oder Rahmenplan. Wir vermissen die versprochene breite Bürgerbeteiligung. Bisher gab es eine Beteiligung der Schulen, des HOT´s und der Vereine. Die Wünsche der Bevölkerung wurden, anders als beim Schlosspark, bis dato nicht berücksichtigt.

Für uns als SPD Fraktion ist dies jedoch wichtig, um eine vielfältige Nutzung des Geländes und eine breite Akzeptanz aller HövelhoferInnen und Hövelhofern zu gewährleisten. Wir fordern sie daher auf, dies vor dem angekündigten Politikerworkshop nachzuholen. Beim Schlosspark haben wir mit der Einbeziehung der Bevölkerung wertvolle Erfahrungen gemacht.

Wir als SPD Fraktion warnen schon lange vor den sich verengenden finanziellen Spielräumen. Bürgermeister Berens und CDU Fraktion haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt oder sie haben sie geflissentlich ignoriert. Die Realisierung unserer Anträge zur langfristigen strategischen Ausrichtung Hövelhofs hätten es bereits vor Jahren möglich gemacht, die Potenziale, wie man die derzeitige Situation besser beherrschbar machen könnte, aufzuzeigen.

Die Hoffnung stirbt zuletzt, jedoch haben wir, wie es mir scheint, diesbezüglich noch einen langen Weg vor uns. Anders ist es nicht erklärbar, dass sie noch einen obendrauf setzen und unter anderem versuchen das Bürgergeld und die Eingliederungshilfen für Menschen mit Beeinträchtigung für die Hövelhofer Schulden verantwortlich zu machen.

Bei dieser ganzen Misere ist der einzige Lichtschein am Himmel die Erkenntnis, dass die schwarz-grüne Landesregierung die Hausaufgaben ebenfalls nicht gemacht hat. Aber auch hier müsste man meinen, dass sie mit dieser Erkenntnis das eigene Handeln hinterfragen. Leider. Fehlanzeige.

Die SPD Fraktion fordert sie auf, die von Ihnen so oft gerühmten guten Verbindungen nach Düsseldorf zu nutzen, um etwas zu verändern. Anstatt Minister und Ministerinnen mit Förderbescheiden, die sie ja eigentlich nur zähneknirschend annehmen, nach Hövelhof einzuladen und sich gemeinsam im Rampenlicht ablichten zu lassen, sollten sie in den harten Diskurs gehen und die Situation verbessern.

In Sachen Nahwärme kann man zumindest ein kleines Lob loswerden. Die von uns angestoßene Beteiligung an der Nahwärme Hövelhof GmbH ist richtig und wichtig. In Ihrer Haushaltsrede betonen sie die Bedeutung der Beteiligung der Sennegemeinde an der Nahwärme GmbH, um die Akzeptanz

des Energieträgers in der Bevölkerung zu erhöhen. Auch das Invest der Westfalen Weser Tochter zeigt, dass Potenziale vorhanden sind.

Diese Potenziale wurden aufgrund fehlenden Verhandlungsgeschicks leider nicht sinnvoll ausgeschöpft, sind aber ein erster guter Einstieg. Mit Blick auf die Hausanschlüsse in Portemeiers Kreuz wäre ebenso eine deutlich bessere Kommunikation wünschenswert gewesen. In Zukunft gilt es dies zu verbessern und derartige Versorgungsnetze auszubauen, um den BürgerInnen nachhaltig Sicherheit und Verlässlichkeit zu geben und dadurch Hövelhof zu stärken.

Wir als SPD Fraktion stehen an der Seite der Ortsteile. Uns ist es wichtig, dass diese immer in Überlegungen zur Entwicklung des Ortes einbezogen werden. Auch wenn die gestalterischen Möglichkeiten in den Ortsteilen durch übergeordnete Regelungen begrenzt werden, ist es wichtig, Chancen, die sich bieten zu erkennen und zu ergreifen.

Deshalb sind wir dafür, eine Kita in Hövelriege anzusiedeln. Der zuständige Kreis Paderborn hat festgestellt, dass in den Orten Riege und Hövelriege weiterer Bedarf an Kindergartenplätzen vorhanden ist. Es braucht eine 3-gruppige Kita für 52 Kinder. Riege bietet mit dem Herz-Jesu Kindergarten bereits eine gute Einrichtung, in der die meisten Kinder aus den Ortsteilen Riege und Hövelriege betreut werden können.

Wir müssen daher ernsthaft in Erwägung ziehen, ob eine Kindertageseinrichtung in Hövelriege umsetzbar ist. Als erstes ist zu beleuchten, ob das Potential an Kindern im Ortsteil Hövelriege vorhanden ist.

Die Zahlen beantworten diese Frage eindrücklich. Mit derzeit 57 Kindern im Ortsteil Hövelriege im Alter von 0-6 Jahren sind mehr Kinder im Ortsteil wohnhaft als die neue Kita an Plätzen hätte.

Die Einrichtung einer Kita in Hövelriege hätte zur Folge, dass hierdurch Plätze in der Rieger Herz-Jesu Kita, die nun nicht mehr von Hövelriege Kindern in Anspruch genommen werden würden, Kindern aus Riege zur Verfügung stünden. Die dortigen Bedarfe könnten damit nachhaltig gedeckt werden.

Was spricht aber weiter für eine Ansiedlung der Kita in Hövelriege ausser die reinen Zahlen?

Eine Kita im Ortsteil Hövelriege macht diesen für junge Familien attraktiver. So wirken wir der drohenden Überalterung dieses Ortsteils entgegen. Eine

Kita in Hövelriege hätte ebenso die Möglichkeit mit den Institutionen und Vereinen vor Ort zu kooperieren und dadurch ein Angebot zu schaffen was seines Gleichen sucht. Ein echter Mehrwert für Hövelriege und unseren gesamten Ort!

Wir fordern den Bürgermeister auf, alles Erdenkliche zu tun, um eine Ansiedlung in Hövelriege zu ermöglichen. Zusammen mit der Verwaltung können dabei mögliche Grundstücke identifiziert und Gespräche angebahnt werden. Dabei soll sie dem neuen Träger unterstützend und beratend zur Seite stehen und vermitteln.

Wir haben riesige Herausforderungen vor uns. Der bisher eingeschlagene „Hövelhofer Weg“ scheint eine Sackgasse zu sein. Deutlicher als jetzt kann es nicht werden, ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Wir benötigen dringend ein Umdenken und dürfen uns nicht durch populistische Parolen dazu verleiten lassen, an denen sparen zu wollen, die ohnehin schon unterprivilegiert sind.

Geschenken vor der Kommunalwahl sind ebenso klare Absagen zu erteilen. Diese können und wollen wir uns nicht leisten.

Die SPD Hövelhof lehnt, insbesondere aufgrund des fehlenden Sparwillens, diese vorgelegten Planungen, zu Lasten der nachfolgenden Generationen, ab.

Trotz dieser überaus schlechten Planungen und Rahmenbedingungen, haben Sie, liebe Mitarbeitende der Gemeinde Hövelhof, am Bauhof, in den Kita´s und natürlich der Verwaltung den Kopf nicht in den Sennesand gesteckt. Sie leisten jeden Tag einen unschätzbaren Wert für unsere Gemeinde. Im Namen der SPD Fraktion möchte ich mich für dieses Engagement bedanken.

Ihnen, allen Hövelhoferinnen und Hövelhofer sowie allen Anwesenden wünschen wir ein fröhliches Weihnachtsfest und besinnliche Stunden im Kreise ihrer Liebsten. Kommen Sie gesund und munter in das Neue Jahr 2025.

Mit Blick in Richtung L´Ametlla del Vallés und Verriére le Buission wünsche ich Ihnen

Feliz Navidad und Joyeux Noel.